

KOMMENTAR

Bewertung der Slowakei durch Schweizer Institut für Managemententwicklung enttäuschend

von Karol Morvay (morvay@mesa10.sk)

Obwohl das Image der Slowakei in Investorenkreisen in Verbindung mit erfolgten Wirtschaftsreformen steigt, findet das Reformpaket bislang keinen ausreichenden Anklang in den Bewertungen der Konkurrenzfähigkeit des Landes. Zumindest nicht in allen.

Das Schweizer Institut für Managemententwicklung veröffentlichte ihre regelmäßige Bewertung der Konkurrenzfähigkeit von Ländern, in der die Slowakei auf ihrem 40. Platz blieb – demselben, wie im Vorjahr. Tschechien (36.) und Ungarn (37.), die im Vorjahr hinter der Slowakei waren, haben das Land diesmal überholt.

Ein auf den ersten Blick überraschendes Resultat, da die slowakische Regierung im vorangegangenen Zeitraum im Bereich von Wirtschaftsreformen viel aktiver war.

Ein Beobachter hat von außen her weniger Möglichkeiten, in das Know-how von Institutionen hineinzusehen, welche Ranglisten der Konkurrenzfähigkeit zusammenstellen. In diesem Fall können jedoch einige Hypothesen über Faktoren aufgestellt werden, die der Slowakei schaden:

1. In erster Reihe ist es die Bedeutung von Faktoren, die vom Institut für Managemententwicklung selbst bezeichnet werden: in der Slowakei gibt es keinen Kapitalmarkt, die Anzahl von Tagen, die für eine Firmengründung benötigt werden, ist immer noch groß, die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sind sehr niedrig. In den Bereichen Wissenschaft, Forschung, Bildung, Innovation und Informationsgesellschaft erkennt die Regierung erst jetzt die Notwendigkeit, ihre Politik zu ändern (zumindest wird es von ihr so deklariert). Ein Ergebnis ist die Lissabonstrategie für die Slowakei und nachfolgende Dokumente. Tschechien und insbesondere Ungarn sind in der Bildungsreform viel weiter als die Slowakei.
2. Faktoren wie Logistik, Wissenschaft, Forschung, Qualität von Finanzbeziehungen unter Firmen, Unternehmen und Banken, Firmen und dem Staat, Qualität der Bildung usw. haben in einer solchen Bewertung ein großes Gewicht. Die Slowakei schneidet in diesen Gebieten nicht so gut ab.
3. Die meisten erfolgten Wirtschaftsreformen bringen erst nach gewisser Zeit einen Effekt für die Messung der Konkurrenzfähigkeit. Am Anfang können diese wegen rascher und häufiger Änderungen der Regeln auch eine kurzfristig negative Wirkung haben (das kann sich vor allem in den Aussagen von Managern widerspiegeln, die ebenfalls zu den Informationsquellen einer solchen Bewertung gehören).

Das Institut bewertet 321 Kriterien aus vier Hauptbereichen: Charakteristika des Wirtschaftswachstums, Effizienz der Regierung, Entwicklung des Unternehmensbereiches sowie das Niveau der Infrastruktur. Zu den Statistikparametern kommen auch Umfragen unter Managern und Wirtschaftsfachleuten hinzu, die sich zu Faktoren wie Qualität der Gesetze, Erwirkung des Rechts oder Charakter staatlicher Eingriffe äußern.

Konkurrenzfähigkeit der Länder 2005 laut Institut für Managemententwicklung

- | | | |
|-------------|---------------|----------------|
| 1. USA | 6. Finnland | 36. Tschechien |
| 2. Hongkong | 7. Dänemark | 37. Ungarn |
| 3. Singapur | 8. Schweiz | 40. Slowakei |
| 4. Island | 9. Australien | 57. Polen |
| 5. Kanada | 10. Luxemburg | |

Quelle: Schweizer Institut für Managemententwicklung

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Bewertung der Slowakei durch Schweizer Institut für Managemententwicklung enttäuschend.....1

GESELLSCHAFT

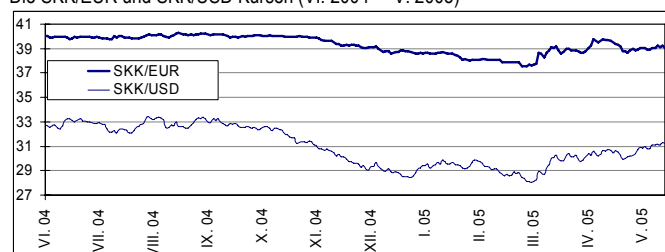
Scheitern der Hochschulreform löst Erdbeben in der Koalition aus.....1
Slowakische Politspitzen beim Standpunkt zum Volksabstimmungsfiasco über europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden nicht einig.....2
Die Slowakei hat neues Strafgesetz und Strafrechtsordnung.....3

WIRTSCHAFT

Unternehmen und unternehmerische Umgebung.....3
BIP4
Industrieproduktion und Handel.....4
Inflation.....4
Arbeitsmarkt4
Auslandsinvestitionen4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (VI. 2004 – V. 2005)



Quelle: NBS

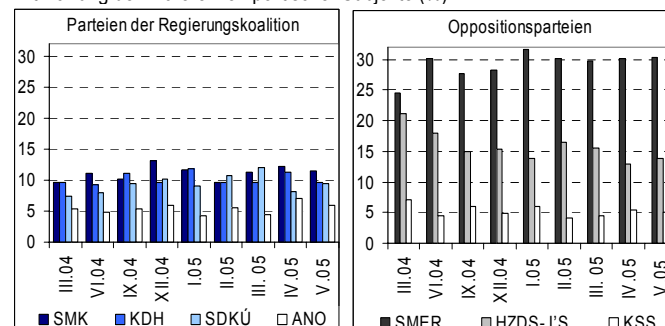
	2001	2002	2003	2004	2005*	2006*
BIP-Wachstumstempo**	3,8	4,4	4,2	5,5	5,2*	5,3*
Inflation (CPI)	7,1	3,3	8,5	7,5	2,9*	2,7*
Arbeitslosigkeit***	19,2	18,5	17,4	18,1	17,5*	17,1*
Ausland. Invest. (mill.USD)	1190	3965	870	800	1700*	2000*
SKK/USD	48,3	45,3	36,8	32,3	30,0*	29,5*
SKK/EUR	43,3	42,7	41,5	40,0	38,8*	37,5*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik

GESELLSCHAFT

Scheitern der Hochschulreform löst Erdbeben in der Koalition aus

Die Reform der Hochschulbildung bleibt wohl die einzige wichtige Reform, in der die Regierungskoalition in der jetzigen Legislaturperiode keinen merkbaren Erfolg erzielt. Die Serie von Misserfolgen des Bildungsministers führte zusätzlich zur Verschärfung eines neuen Konflikts in der Koalition.

Studiengebühren zum dritten Mal nicht verabschiedet

Das Gesetz, mit dem Hochschulstudiengebühren hätten eingeführt werden sollen, wurde vom Parlament auch beim dritten Mal abgelehnt. Vom 150-köpfigen Hohen Haus stimmten nur 62 Mandatäre dafür. Bildungsminister Martin Fronc (von KDH nominiert) bewertete sein Misserfolg als primitive politische Bestrafung seitens des Koalitionspartners ANO. Die ANO-Abgeordneten waren nämlich bei der Schlussabstimmung gegen den Gesetzentwurf. Laut Fronc wurde damit die Unterstützung des Regierungsprogramms, dessen Erfüllung von allen Koalitionsparteien versprochen wurde, verweigert. Das dritte parlamentarische Fiasko ist sicher eine schwerwiegende Niederlage des Bildungsministers, der jedoch darin keinen Rücktrittsgrund sieht. Bis zum Ende der Legislaturperiode hat er nicht mehr vor, einen erneuten Gesetzentwurf über Studiengebühren an Hochschulen vorzulegen. Manche Politiker der Regierungskoalition räumen aber ein, es könnte noch einen Versuch geben, Studiengebühren mit Gültigkeit ab 2007 einzuführen (das heißt, dass die konkrete Umsetzung der nachfolgenden Regierung obliegen wird).

Missglückte Reform wird zum Auslöser eines schweren Streits in der Regierung

Die Partei ANO kündigte im Voraus an, dass Bildungsminister Martin Fronc nicht deren Vertrauen genieße. ANO stellte sich nicht gegen die Reform als solche (gerade umgekehrt), sie ließ aber durchblicken, dass sie unter Leitung dieses konkreten Ministers kein Vertrauen in den Erfolg der Reform hätte. ANO ersuchte die Partner aus der KDH, die Abberufung des Ministers noch vor der Entscheidung über die Einführung der Studiengebühren an Hochschulen zu erwägen.

Der Standpunkt von ANO zeigte sich auch bei der Misstrauensabstimmung sowie der späteren Abstimmung über das Vertrauen gegenüber dem Bildungsminister. Im Parlamentsduell wurde dem Minister zwar nicht das Misstrauen ausgesprochen, die von der Opposition initiierte Abstimmung „über das Vertrauen“ war für den Minister auch keine Rückenstärkung. Der Beschluss, durch den der Nationalrat der SR dem Minister das Vertrauen aussprechen sollte, wurde von lediglich 59 Abgeordneten unterstützt. Das nicht ausgesprochene Vertrauen gegenüber Bildungsminister Martin Fronc ist ein politisches, kein rechtliches Problem. (Die Abstimmung „über das Vertrauen“ hat im Unterschied zur „Misstrauensabstimmung“ keine definierte Konsequenz, es wird nicht über den Verbleib des jeweiligen Politikers auf seinem Posten entschieden. Über die Regeln der „Vertrauensabstimmung“ wird zudem ein Rechtsstreit am Verfassungsgericht der SR geführt.)

Nach dem Misserfolg des Reformgesetzes und nachfolgenden gegenseitigen Anschuldigungen zwischen den Regierungsparteien KDH und ANO vertiefte sich die Regierungskrise geradewegs spiralenhaft und wurde durch (zumindest für neutrale Beobachter) irrationale Standpunkte angeheizt. Die Vertreter von KDH und ANO riefen einander auf kuriose Weise zum Verlassen der Koalition auf, wobei unvorhergesehenen Beobachtern klar war, dass dieser fatale Schritt von keiner Partei unternommen wird. KDH hielt das Vorgehen von ANO für ein Verrat der Regierungskoalition und beschuldigte zusätzlich den ANO-Vorsitzenden Pavol Rusko, Gruppen von Lobbyisten nachzugeben und Standpunkte nach aktueller Entwicklung der öffentlichen Meinung zu ändern. Der ANO fehlte jedes Verständnis für die Tatsache, dass die KDH die Person von Martin Fronc über die Schulreform und eine funktionierende Koalition stellt. Beide Parteien sprachen auch über vorzeitige Neuwahlen, die slowakische Gesellschaft wurde aber durch diese Drohungen nicht zu sehr beunruhigt. Die zyklisch wiederkehrenden Konflikte in der Regierungskoalition schufen wohl eine gewisse Immunität der Gesellschaft gegenüber diesen Krisen.

Nach kleiner Beruhigung der Emotionen überwiegt wohl der Wille zu Ende zu regieren...

Nach kurzer Zeit haben die Parteien der Regierungskoalition erklärt, dass ein Zerfall der Koalition und vorzeitige Neuwahlen keine Lösung für sie wäre und es rational sei, zu Ende zu regieren. Trotz der Erschütterungen, die die Koalition heimsuchten, werden vorzeitige Neuwahlen als äußerste Notlösung gesehen.

Die Streitigkeiten zwischen den Konservativen aus der KDH und den Liberalen aus der ANO sind an und für sich logisch (obwohl man die Worte Liberaler oder Konservativer auf der slowakischen politischen Szene mit mehr Toleranz vernehmen sollte). Die Werteunterschiede zwischen ihnen zeigten sich auch in der Vergangenheit, z.B. beim Streit vor zwei Jahren bei der Abstimmung über die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Vizeregierungschef und Vizevorsitzende der SMK Pál Csáky ist sich sicher, ob für die Gruppierung der Parteien SDKÚ, SMK, KDH und ANO das Wort Koalition auch für die Zukunft zu nutzen sei. Er würde sie eher auf „Trümmer der Kooperation einiger tolerant denkender Politiker“ umbenennen. Auch das ist aber besser als absolute politische Instabilität.

Zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses galt ein brüchiger Frieden mit einer Drohung seitens KDH, dass bei weiterer Missachtung der Koalitionsverträge durch ANO die KDH den Premierminister dazu aufruft, den ANO-Vorsitzenden Pavol Rusko seines Regierungspostens zu entheben. Sollte dies nicht passieren, verlässt die KDH angeblich die Regierungskoalition. Es entstand eine brüchige Waffenruhe, die nur eine Ruhepause zu sein scheint.

....bisher gelang es aber lediglich, eine Ruhepause einzulegen.

Der Regierungschef ist schon traditionellerweise Optimist und bemüht sich erneut, die Koalition zusammenzukitteln. Seiner Meinung nach wäre die Koalition imstande weiter „effektiv zu funktionieren“. Er gab zwar zu, dass es zu Fehlern kam, er versuchte aber, die Lage durch die Umbenennung aggressiver Attacken von Parteien in „neue Herausforderungen“ leichter zu machen. Sein Optimismus ist auf die problemlose Verabschiedung des neuen Strafgesetzes sowie der Strafrechtsordnung zurückzuführen.

Die Parteien der Regierungskoalition genießen zurzeit wohl mehr Freiraum im Vergleich zu früheren Zeiten: Für das kommende Jahr werden keinerlei Reformschritte geplant, die eine enge Kooperation erfordern würden. Daher ist es möglich, dass „Kleinigkeiten“ größere Bedeutung erlangen, an denen die Streitigkeiten angeheizt werden können. Die Landeswahlen im Herbst überprüfen die Möglichkeiten von Koalitionsbildungen, öffnen neue Themen für Parteien, die ins Rampenlicht kommen wollen und können zur weiteren Atomisierung der Interessen von Koalitionsparteien beitragen. Es ist jedoch zu beachten, dass es bisher keinen ernsthaften Willen zum Austritt aus der Koalition gibt und eine Lösung der Lage durch das Hinausdrängen eines der Subjekte aus der Koalition erscheint ziemlich unwahrscheinlich.

Slowakische Politspitzen beim Standpunkt zum Volksabstimmungsfiasco über europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden nicht einig

Auf die Tatsache, dass Frankreich (und im Folgenden die Niederlande) in der Volksabstimmung den europäischen Verfassungsentwurf abgelehnt hatten, reagierte die slowakische Diplomatie sowie Premierminister Mikuláš Dzurinda mit Enttäuschung.

Premierminister der SR Mikuláš Dzurinda brachte sein Bedauern über das Ergebnis der französischen Volksabstimmung über den Verfassungsvertrag für Europa zum Ausdruck. Er war enttäuscht, dass Frankreich, jahrzehntelang einer der größten Pioniere europäischer Integration zum ersten Land wurde, das die Europaverfassung ablehnte. Nach Dzurinda endet der europäische Integrationsprozess keineswegs mit dem Ergebnis des französischen Referendums und es sei nach seiner Meinung notwendig, die Ratifizierung des Verfassungsvertrages fortzusetzen und in allen Ländern der EU abzuschließen. Von der Notwendigkeit einer Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses ist auch Pál Csáky, Vizepremierminister für europäische Integration (von der SMK nominiert) überzeugt.

Die Ablehnung der europäischen Verfassung wird laut slowakischem Eurokommissar Ján Figel weder die Erweiterung der Europäischen Union (EU) noch deren Funktionstüchtigkeit gefährden. Er merkte an, dass noch immer der Vertrag von Nizza gelte, der auch mit neuen Mitgliedern (bis 27 – in diese Zahl passen noch Rumänien und Bulgarien) reche.

Im Gegensatz zur Enttäuschung der meisten slowakischen Politiker zeigten die Vertreter der Koalitionsparteien Zufriedenheit. Während Außenminister Eduard Kukan seine Enttäuschung

bekundete, begrüßte der Vorsitzende der KDH und des Parlaments Pavol Hrušovský das französische „Nein“ mit dem Kommentar, es hätte eine „freie Europäische Union gesiegt.“

Wir merken an, dass die Slowakei mittels ihres Parlaments eine eindeutige Zustimmung zur Europaverfassung aussprach, als 116 von 150 Abgeordneten des Nationalrates der Slowakischen Republik dafür stimmten.

Die Slowakei hat neues Strafgesetz und Strafrechtsordnung

Grundsätzlich modernisiertes Strafgesetz

Der Nationalrat der SR verabschiedete ein neues, moderneres Strafgesetz und Strafrechtsordnung. Im Parlament kam ein seltener Kompromiss zustande – beide Normen wurden im Gleichklang von Koalition und Opposition (eine einzige Gegenstimme) angenommen. Die Verabschiedung beider Normen war im gegebenen Moment ein positives politisches Signal, wir merken an, dass es während einer schweren Krise der Regierung in Minderheitsposition.

Das neue Strafgesetz ist eine Norm, welche die Grundlagen des Strafgesetzes neu formuliert, mehrere Neuheiten mit sich bringt und das veraltete Gesetz aus dem Jahr 1961 ersetzt. Die bisherige Regelung wurde schon über 30-mal novelliert, davon seit der Wende 1989 20-mal. Sein Grundmerkmal ist eine strengere Ahndung mancher Straftaten, die Einführung neuer Strafen (Hausarrest, Pflichtarbeit von 40 bis 300

Stunden, bedingter Strafaufschub mit Aufsicht), eine neue Definition äußerster Notfälle, nötiger Verteidigung und das berechnete Benutzen einer Waffe. Es gilt der Grundsatz „dreimal und genug“ bei äußerst schwerwiegenden Straftaten (bei dritter Verübung einer Straftat erhält der Täter automatisch eine Ausnahmestrafe – lebenslänglich), der Grundsatz „zweimal und genug“ gilt analogisch bei vorsätzlichem Mord.

Die am heftigsten diskutierte Bestimmung des neuen Gesetzes – die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Rechtspersonen wurde von den Abgeordneten aus dem Gesetz heraus genommen. Für den Justizminister bedeutete dies eine Enttäuschung, seiner Meinung nach sollte es ein Schritt vorwärts sein – damit auch Handelsgesellschaften Verantwortlichkeit für festgelegte Delikte tragen. Er merkte an, dass wir an das Gemeinschaftsrecht gebunden wären und dass das Justizressort in Kürze mit einem eigenen Gesetzentwurf kommen würde, mit dem dieser Bereich geregelt wird. Nach Meinung des Ministers sollten auch Rechtspersonen strafrechtliche Verantwortung für Delikte wie Korruption, Geldwäsche oder Drogenhandel tragen.

Trotz der erwähnten Auslassung strafrechtlicher Verantwortlichkeit von Rechtspersonen hält Justizminister Daniel Lipšic das neue Gesetz für eine „neue Etappe des Strafrechts in unserem Land“. Die Verabschiedung des neuen Strafgesetzes wurde

auch von der Generalstaatsanwaltschaft der SR begrüßt. Das neue Strafgesetz tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Strafordnung soll Strafprozess vereinfachen und beschleunigen

In Anbindung an das neue Strafgesetz wurde nach einigen Tagen auch die neue Strafordnung angenommen, die den gesamten Strafprozess effektiver, einfacher und schneller machen soll. Zu den Neuheiten zählen z.B. eine besondere Form verkürzter Ermittlung (sollte der Täter einer weniger schweren Straftat direkt bei der Tat oder auf der Flucht ertappt werden, wird er binnen 48 Stunden ans Gericht ausgeliefert), die Möglichkeit, die persönliche Freiheit des Zeugen für höchstens 72 Stunden einzuschränken, Änderungen im Zeugenverhör (Stärkung der sog. Widersprüchlichkeit des Verfahrens).

In der Norm wird auch das Institut eines Vorverfahrensrichters eingeführt, der über Eingriffe in Grundmenschenrechte und -freiheiten im Vorverfahren entscheiden wird – über Haft, Haus- und Personendurchsuchung, Abhören und sonstige Maßnahmen. Es wird hier auch die Nutzung Technischer- und Informationsmittel geregelt, um deren Missbrauch zu verhindern. Ein großer Teil der Strafsachen sollte außerhalb des Hauptverfahrens erledigt werden. Z.B. sollte die Erledigung von Sachen durch bedingte Einstellung des Strafverfahrens und einen Ausgleich im Vorverfahren breitere Anwendung finden.

WIRTSCHAFT

Unternehmen und unternehmerische Umgebung

Kartellamt der SR beschloss harte Maßnahme gegen Slovak Telecom

Das Kartellamt der SR (PMÚ SR) erteilte der Gesellschaft Slovak Telecom (ST) eine Rekordstrafe von 885 Mio. Sk für den Missbrauch der dominanten Position und zwar mangels Bereitschaft der Gesellschaft, Mitbewerbern einen gleichberechtigten Zugang zu Ortsleitungen (Leitungen zwischen Endbenutzer und Telefonzentrale) zu gewähren.

Die jetzige Strafe ist das vorläufige Ergebnis des bereits 21. Verfahrens des PMÚ der SR gegen diese Gesellschaft (zuletzt erhielt die ST eine Strafe von 20 Mio. Sk ebenfalls für den Missbrauch der marktbeherrschenden Position). Laut Begründung des Kartellamtes der SR ist die Höhe der Strafe auch auf die langfristige Verletzung des Gesetzes und Nichtbeachtung der vorangegangenen Entscheidungen des Amtes zurückzuführen. Ein Beschluss in derselben Sache wurde bereits von derselben Gesellschaft, damals noch unter dem Namen Slovenské Telekomunikácie 2002 zur Kenntnis genommen. In der damaligen Entscheidung des Kartellamtes der SR war eine Anweisung zur Beseitigung des widerrechtlichen Zustands enthalten, was jedoch die Firma andauernd ignorierte. Nach der aktuellen Entscheidung muss die ST die Ortsleitungen den Konkurrenten binnen zwei Monaten zur Verfügung stellen.

Zurzeit handelt es sich nur um eine Entscheidung erster Instanz. Die Berufung von ST führt zum Verfahren in zweiter Instanz, das Höchstgericht der SR ist die letzte Instanz. Sollte die Strafe auch bestätigt werden, wird sie möglicherweise erst in einigen Jahren zu den Einnahmen des Staatsbudgets gehören.

Transformation der Krankenkassen geht zu Ende

Zurzeit endet die Transformation der Krankenkassen in Aktiengesellschaften. Dieser Prozess ist ein untrennbarer Bestandteil der Reform des Gesundheitswesens. Das Amt für Aufsicht über Gesundheitsfürsorge erteilte fünf Subjekten eine Bewilligung zur Ausübung öffentlicher Krankenversicherung (Všeobecná zdravotná poisťovňa, Dôvera, Sideria, Apollo, Spoločná zdravotná poisťovňa).

Die Krankenkasse ist nach der Transformation verpflichtet nach neuen, im Rahmen der Reform des Gesundheitswesens beschlossenen Regeln zu funktionieren. Die umstrukturierten Krankenkassen werden dem Amt für Aufsicht über Gesundheitsfürsorge unterliegen, welches von der Änderung eine viel härtere Kontrollmöglichkeit als früher erwartet.

Die Krankenkasse wird die eigene Zahlungsfähigkeit gewährleisten müssen und

diese dem Amt nachweisen, Rechnungen medizinischer Einrichtungen und Ärzte müssen binnen 30 Tagen beglichen werden. Gleichzeitig wurden Instrumente dafür geschaffen, dass die Krankenkasse keinerlei Verträge mit Einrichtungen medizinischer Fürsorge abschließt, die zwar billig aber von minderer Qualität sind.

Slowakei wird Investoren lukrative Anteile an Flughafengesellschaften anbieten

Die nahende Privatisierung staatlicher Anteile zweier bedeutendster slowakischer Flughäfen – Bratislava und Košice zieht eine immer größere Aufmerksamkeit von Investoren auf sich. Laut des Privatisierungskonzeptes beider Flugplätze, das vom Verkehrsministerium in Kooperation mit dem Privatisierungsberater (Konsortium der österreichischen Meinel Bank, der Beratungsgesellschaft SH&E und des Anwaltsbüros DLA Weiss Tessbach) sollte bereits im Juli eine internationale Ausschreibung für den Verkauf von 66%-igen Anteilen beider Gesellschaften erfolgen. Die restlichen 34% sollte der Staat mit dem Ziel behalten, eine langfristige Entwicklung der Flughäfen, die Gebührenpolitik u.ä. zu beeinflussen. Der ausgewählte Investor sollte bis Jahresende bekannt sein.

BIP**BIP-Wachstum geht im großen Stil weiter**

Das reale BIP-Wachstum erreichte im ersten Quartal 2005 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes 5,1%. Die Wirtschaft wächst bislang im ähnlichen (nur wenig verlangsamten) Tempo wie im Vorjahr (Anstieg im ersten Quartal 2004 war 5,4%). Das Volumen des produzierten BIP erreichte in laufenden Preisen 332,5 Mld. Sk.

Industrieproduktion und Handel**Industrie erlebt vorübergehende Dämpfung des Produktionswachstums**

Die slowakische Industrie erlebte im ersten Quartal eine merkliche Verlangsamung des Produktionswachstums. Im März wurde nach längerer Zeit ein zwischenjähriger Rückgang der Industrieproduktion verzeichnet. Das Volumen der industriellen Produktion sank um 2,2%, davon betrug der Produktionsrückgang in der Industrie 1,7%. Die Produktionsschwäche der Industrie, welche eine Funktion der Umstrukturierung in

Tabelle 1: Ausgewählte Faktoren des Bruttoinlandsproduktes

(Veränderungen zwischen den Jahren in %, stabile Preise, Methode ESA 95)

Kennzahl	2004					2005
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q.	Jahr	1.Q.
Bruttoinlandsprodukt	5,5	5,4	5,3	5,8	5,5	5,1
Privatkonsum	3,0	2,8	3,7	4,3	3,5	5,5
Öffentlicher Verbrauch	-2,6	4,7	2,9	0,2	1,2	2,3
Bildung d. Fixen Bruttokapitals	0,9	3,5	5,5	0,1	2,5	5,8
Export von Waren und Dienstleistungen	15,8	16,4	5,1	9,5	11,4	7,2
Import von Waren und Dienstleistungen	12,0	17,0	9,6	12,3	12,7	7,9

Quelle: Statistisches Amt der Slowakischen Republik

der Automobilindustrie, eines schwachen Wirtschaftswachstums und damit auch schwacher Nachfragesteigerung auf Auslandsmärkten (Deutschland) ist, befand sich bisher im Kontrast zum starken Anstieg der Nominallohne in der Industrie.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 erhöhte sich die Industrieproduktion gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nur um

0,8%, davon in der industriellen Herstellung um 2%.

Das Volumen an Bauarbeiten sowie jenes der Einzelhandelseinnahmen stiegen im März gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres übereinstimmend um 8,1% (in fixen Preisen). In beiden Fällen geht es um eine Fortsetzung des starken Wachstums aus den Vormonaten. Das Durchschnittstempo des Anstiegs der Bauproduktion erreichte in den ersten drei Monaten bis zu 12,5%.

Inflation**Bankrat der Nationalbank sieht Risiken durch Lohnanstieg**

Die Verbraucherpreise stiegen im April gegenüber März insgesamt um 0,2%. Die zwischenjährige Inflationsrate erreichte somit 2,8%. Bei Berücksichtigung des zur Erfüllung des Konvergenzkriteriums entscheidenden harmonisierten Verbraucherpreisindex beträgt das Niveau der zwischenjährigen Inflation im selben Zeitraum nur 2,5%.

In den Warenpreisbewegungen im April zeigte sich einerseits der Energiepreisanstieg (vor allem von Kraftstoffen), andererseits der Rückgang der Lebensmittelpreise (die Deflationstendenz der Lebensmittelpreise wurde jedoch geringer).

Der Bankrat der NBS kam zum Schluss, dass die aktuelle Wirtschafts- und Währungsentwicklung der mittelfristigen Vorhersage bis 2008 entspricht, brachte jedoch seine Beunruhigung wegen der diesjährigen Lohnentwicklung, die weder der Entwicklung der Arbeitsproduktivität noch der Preisentwicklung entspricht, zum Ausdruck. Die Lohndynamik in vielen Bereichen bestätigt laut NBS die Annahme, dass bei Lohnverhandlungen vor allem die frühere Inflation und nicht die zu erwartende Preisentwicklung berücksichtigt werden, die durch das Niveau des festgelegten Inflationsziels der NBS ausgedrückt ist. Dies kann ein Risiko

eines makroökonomischen Ungleichgewichtes mit negativen Auswirkungen auf das mittelfristige Inflationsziel darstellen. Der Bankrat der NBS möchte seine Aufmerksamkeit auch auf die Entwicklung der Konsumtendenz von Haushalten richten. Er nimmt nämlich an, dass bei einer Steigerung verfügbarer Einkommen nicht nur eine Fortsetzung der bisherigen steigenden Konsumtendenz, sondern auch ein Verbleib auf dem gleichen Niveau risikoreich sein kann. Die Nationalbank fürchtet wegen der Kombination eines hohen Wachstums von Haushaltseinkommen und einer steigenden Konsumtendenz um den Zustand makroökonomischer Stabilität.

Arbeitsmarkt**Amtliche Arbeitslosenrate erreicht neue Minimalwerte**

Die Arbeitsämter wiesen im April eine amtliche Arbeitslosenrate auf dem Niveau von 11,9% aus, das bedeutet einen zwischenjährigen Rückgang um 3,4 Prozentpunkte. In diesem Moment ist mit Spannung zu erwarten, ob die Ergebnisse der Auswählerhebung von Arbeitskräften einen solchen rapiden zwischenjährigen Rückgang der Arbeitslosenrate bestätigen.

Ein positives Signal ist, dass in den meisten Branchen, in denen die Arbeitslosenentwicklung monatlich verfolgt wird, ein zwischenjährlicher Wachstum der Beschäftigtenanzahl ausgewiesen wird.

Im ersten Quartal wurde ein besonders starkes Wachstum der Beschäftigung im Großhandel (nach einigen Jahren negativer Entwicklung der Kennzahlen im Großhandel scheint diese Branche „auf die Szene zurückzukehren“), Einzelhandel und Bauwesen verzeichnet. Nur in zwei Branchen – Verkehr und Lagerhaltung; Post und Telekommunikation kam es im ersten Quartal zum Rückgang der Beschäftigtenanzahl.

In der vorigen Ausgabe berichteten wir von einem schockierend hohen Wachstumstempo der Nominallohne in der Industrieproduktion – mit der ausgesprochenen Erwartung, dass die

Angabe vom Februar über einen fast 23%-igen Anstieg mit Reserve zu nehmen ist und dass diese in den kommenden Angaben nicht bestätigt wird. Die Daten vom März erreichen tatsächlich nur die Hälfte des vorherigen Wertes. Es ist noch immer ein starker Anstieg des Nominallohns, schert aber nicht mehr aus dem Rahmen üblicher Werte hinaus.

Es ist interessant, wie markant das rasche Reallohnwachstum und der langsamer werdende Produktivitätsanstieg im ersten Quartal auseinander gehen. Sollte diese Tendenz länger andauern, so würde sie wohl die Konkurrenzfähigkeit ernsthaft gefährden.

Auslandsinvestitionen**Der slowakische Anteil an direkten Auslandsinvestitionen (DAI) ist minimal**

Das Wiener Institut für internationalen Wirtschaftvergleich (WIIW) präsentierte Angaben über den Zufluss direkter Auslandsinvestitionen in die Region Ost- und Mitteleuropas (OME) 2004. Das Gesamtvolumen erreichte laut WIIW 34,8% und wuchs gegenüber dem Vorjahr um merkbare 38%. Damit wurde auch das bisherige Rekordjahr 2002 übertroffen. Der größte Teil des „Kuchens“ ging laut dem Institut nach Russland (27%), gefolgt von Polen (14%) und Rumänien (11,8%). Die Slowakei belegte mit 2,6% Rang 8. Auf die Bevölkerungsanzahl umgerechnet (laut WIIW 168 Euro) ist es sogar der 10. Platz. Bei diesem

Richtwert erreichte Estland (550 Euro) den höchsten Wert DAI vor Tschechien (352) und Ungarn (333 Euro).

Kechnec hat die Chance, eine Investition von MAN zu bekommen

Der Industriepark Kechnec ist laut verfügbarer Informationen neben Miskols in Ungarn und den polnischen Standorten Starachowice und Wroclaw im Finale im Kampf um eine Investition des deutschen Unternehmens MAN Nutzfahrzeuge AG, das den Bau eines neuen Automobilwerks zur Herstellung 15 000 schwerer Lastkraftwagen jährlich in Mitteleuropa plant. Die endgültige Entscheidung der Konzernleitung wird

bis Ende Juni erwartet. Im Falle eines Erfolgs würde MAN zum zweitgrößten Investor im Industriepark werden, in dem bereits die amerikanische Fa. Molex und belgische Fa. Gilbos tätig sind. Am 1. Juni begann das österreichische Unternehmen Hans Kuenz GmbH mit dem Bau seines Betriebs. Ab Ende 2006 sollte dieser mit 90 Mitarbeitern Krankkomponenten, Stahlkonstruktionen und Anlagen für Wasserkraftwerke herstellen. Die bisher größte Investition in Kechnec bereitet die deutsche Firma Getrag-Ford mit einem Betrieb für Getriebeproduktion vor, während der amerikanische Plastipak Packaging in seinem Betrieb PET-Plastikverpackungen wieder verarbeiten wird.